

**„Praktische Erfahrungen und
Schlussfolgerungen
aus dem
Sozialismusversuch in der DDR
für eine sozialistische
Wirtschaftspolitik im
21. Jahrhundert“**

**Rede zur Sozialismus – Konferenz
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
am 11. November 2006**

von Klaus Blessing

Beitrag zur Konferenz »Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme, Perspektiven in
Wirtschaft und Gesellschaft« (10./11.11.2006 in Berlin)

***Auch im Internet:
www.klaus-blessing.de***

Es ist begrüßenswert, dass die Problematik eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in zunehmendem Maße in Büchern, Artikeln und auf Konferenzen thematisiert wird, denn es wird immer offenkundiger:

Die gesellschaftspolitischen Probleme des real existierenden globalisierten Kapitalismus – Armut, Krieg, Umweltzerstörung – sind nicht mehr im Rahmen des bestehenden Systems zu lösen. Ein neues Gesellschaftsmodell wird zwingend notwendig. Dass in zunehmendem Maße Linke sich nicht mehr scheuen, das Kind mit dem Namen „Sozialismus“ auch richtig zu benennen, ist erfreulich.

Offensichtlich sind wir aber fast 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus noch weit davon entfernt, die Ursachen für das vorläufige Scheitern umfassend analysiert und die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen zu haben. Folglich ist auch weitgehend unklar, wie ein Sozialismus im 21. Jahrhundert aussehen soll und kann.

Aus vielen politischen Diskussionen mit Bürgern unseres Landes weiß ich jedoch um die Sehnsucht nach politischer Orientierung zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse, nach „einem politischen Halt“, der jenseits der täglichen Lügen der Politiker und Massenmedien liegt.

Der politische Gegner tut alles, um die Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, sozialistische und soziale Entwicklungen rund um den Erdball zu verleumden. Die geballte Macht des Großkapitals und der ihm hörigen Massenmedien wird eingesetzt, um die Menschen von den lebensbedrohlichen Problemen des real existierenden Kapitalismus abzulenken und Meinungen zu produzieren, die der Erhaltung und Festigung des existierenden Systems dienen.

Dem kann und muss die Linke wirkungsvoll mit einem klaren, die Menschen erreichenden und mobilisierenden Konzept entgegentreten. Ich bin der Auffassung, dass gerade wir ehemalige DDR-Bürger, auch und insbesondere die so genannte Führungselite, eine besondere Verantwortung dafür haben, den nachfolgenden Generationen unsere kritisch verarbeiteten Erfahrungen aus dem Leben, Erleben und Gestalten in zwei weitgehend entwickelten Gesellschaftsformationen zu hinterlassen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen.

Natürlich ist dabei zu beachten, dass Geschichte sich nicht wiederholt. Die inneren und äußeren Bedingungen im 21. Jahrhundert sind grundlegend andere als die im 20. Jahrhundert. Das Kapital hat den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus genutzt, um innerhalb von noch nicht einmal 20 Jahren die Welt gefährlich zu verändern. Antworten auf die zugespitzten globalen Probleme von heute können deshalb nicht allein aus einer, wenn auch noch so kritischen, Verarbeitung der Ver-

gangenheit gewonnen werden. Aber zu Grundfragen können und müssen wir uns positionieren.

Es ist aus dem für die Konferenz vorbereitetem Arbeitsmaterial und aus der gestern geführten Diskussion im workshop erkennbar, dass es nach wie vor sehr unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, was ein künftiger Sozialismus ist und es ist offen, wie wir dahin gelangen. Diese Diskussionen werden sicherlich, auch divergierend, weiter gehen. Es sollte aber gelingen, nicht das Divergierende, sondern das Gemeinsame zu stärken und den Menschen zu vermitteln.

Deshalb möchte ich aus meinen praktischen Erfahrungen bei der Mitgestaltung der Wirtschaftspolitik auf den unterschiedlichsten Leitungsebenen – Betrieb, Kombinat, Industrieministerium, Zentraler Parteiapparat - in der DDR und der kritischen Verarbeitung der Erscheinungen und Wurzeln des Gesellschaftssystems der BRD im folgenden einige **Thesen** darlegen. Vielleicht ist es möglich, dass wir uns zu einigen Grundpositionen verständigen, um neue Irrwege zu vermeiden.

In Thesen kann man nicht polemisieren und begründen. Das kann der Interessierte in meinem Buch mit dem provokanten Titel „Ist sozialistischer Kapitalismus möglich?“¹ nachlesen.

These 1: Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss von einer realistischen **Einschätzung des Menschen** mit seinen Charaktereigenschaften, Bedürfnissen und Verhaltensweisen ausgehen. Theorie und Praxis des real existierenden Sozialismus gingen von der Auffassung aus, dass der Mensch von Natur aus gut, hilfsbereit, solidarisch ist und ihn nur die kapitalistischen Umstände zu Egoismus, Habgier und Individualismus zwingen. Wenn man die kapitalistischen Umstände ändert, ändere sich auch der Mensch zum Besseren.

Zweifelsfrei tragen die Umstände zur Verhaltensweise des Menschen bei. Folglich hatten sich im real existierenden Sozialismus Verhaltensweisen wie Kollektivität und Solidarität verstärkt. Ein neuer Charakter der Arbeit, nicht nur zum Gelderwerb, sondern als Form des Einbringens in die Gesellschaft und des kollektiven Zusammenwirkens, war im Entstehen. Die dominierenden Charaktereigenschaften waren es aber noch nicht.

Deshalb muss die Gestaltung eines neuen Sozialismusmodells zumindest über längere Zeiträume akzeptieren, dass der Mensch nach materiellen und ideellen Vorteilen zunächst für sich selbst strebt, ehe er bereit ist, mit der gesamten Gesellschaft zu teilen und sich vorrangig für diese zu engagieren.

Daraus folgt, dass das Leistungsprinzip und materielle Interessiertheit auf allen Ebenen der Gesellschaft nicht nur Theorie, sondern Praxis sein muss. Das wurde im realen Sozialismus durch eine weitgehende Gleichmacherei unabhängig von den Leistungen häufig negiert.

Diese Einschätzung trifft auch auf Politiker und Leiter zu. Viele von ihnen, manche überreichlich, unterliegen den gleichen menschlichen Schwächen. Die Gier nach Macht und Reichtum prägen, wie es uns in der existierenden Gesellschaft täglich bewiesen wird, das Handeln der „Führungselite“. Davor waren auch „Sozialistische Leiter“ nicht gefeit und werden es auch künftig nicht sein. Vorstellungen eines idealen, fehlerfreien Sozialismus sind deshalb eine realitätsfremde Illusion. Ein künftiger Sozialismus erfordert deshalb auf allen Leitungsebenen eine besondere gesellschaftlichen Kontrolle und Rechenschaftslegung.

Die in der DDR gebildete ABI – Arbeiter- und Bauerninspektion – war ein richtiger Ansatz. Auch sie wurde aber zunehmend dem Diktat der Parteilührung unterstellt und konnte folglich ihre kontrollierende Funktion nur noch sehr eingeschränkt wahrnehmen.

Wirtschaftspolitische Entscheidungen durch Basisdemokratie treffen zu wollen – Betriebsräte, Abstimmungen, Wahl der Direktoren – , wie vielfach vorgeschlagen, halte ich für äußerst problematisch. Leiter müssen handeln und entscheiden können, aber sie müssen an den Ergebnissen ihres Handelns beteiligt, gemessen und kontrolliert werden.

Erfahrungen aus der Plandiskussion in den Betrieben der DDR – solange sie wirklich eine Diskussion war und nicht durch Plandekrete ersetzt wurde – könnten als Beteiligung der Werktätigen bei der Gestaltung der ökonomischen und sozialen Zielstellungen durchaus genutzt werden.

These 2: Aus dieser Einschätzung leitet sich die Frage ab, wie die **menschlichen Bedürfnisse** in einer sozialistischen Gesellschaft gestaltet und gesteuert werden können.

In der real kapitalistischen Entwicklung wird durch marktwirtschaftliches Profitstreben und Werbung eine exzessive Entwicklung der Bedürfnisse stimuliert, die alle vernünftigen Maßstäbe sprengt, materielle und finanzielle Ressourcen vergeudet und die Umwelt zerstört. Die Menschen werden in eine sinnlose Jagd nach Besitz, Reichtum, Anerkennung und Macht geschickt und deformiert. Private Massenmedien führen zu einem unglaublichen Absturz des Bildungsgrades und manipulieren die Menschen auf das gröblichste.

Trotzdem wird ein Überangebot an Waren, Dienstleistungen und Informationen vielfach als Überlegenheit des Kapitalismus wahrgenommen. Fehlende Kaufkraft und zunehmende bitterste Armut werden „übersehen“. Auch viele Menschen aus der ehemaligen DDR sind nach der

„Deutschen Wiedervereinigung“ unsanft aus ihren Träumen erwacht und finden sich heute in zunehmender Armut wieder.

In einem künftigen Sozialismus ist zweifelsfrei der ungebremste, künstlich geschürte Konsumrausch zu begrenzen. Das Ziel des Sozialismus kann nicht darin bestehen, den Konsum entwickelter Industriestaaten noch zu übertreffen und dadurch seine Überlegenheit beweisen zu wollen.

Wirtschaftliche Wachstumsraten an sich sagen nichts über eine sozialistische Entwicklung aus. Immanenter Bestandteil sozialistischer Entwicklung muss eine leistungsgerechte und gesellschaftlich sinnvolle Verteilung der Ergebnisse der Arbeit aller sein, die dann auch allen Menschen zugute kommt.

Diese sollte aber nicht durch eine staatlich gelenkte Zuteilungswirtschaft erfolgen, sondern getragen von dem Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“ ökonomisch stimuliert werden. Mit vom Produkt abhängigen und differenzierten Steuern, Abgaben, Krediten, Subventionen kann eine gezielte Steuerung des Bedarfes und der Strukturierung der Produktion und Leistungen vorgenommen werden.

These 3: Aus diesem Herangehen beantwortet sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen **Plan- und Marktwirtschaft**. Nicht die konträre Gegenüberstellung beider ist das Problem eines „Sozialismus im 21. Jahrhundert“, sondern die sinnvolle Ausnutzung ökonomischer Kategorien im Rahmen der Planwirtschaft. Die Rahmenbedingungen dafür müssen durch den Staat gestaltet und kontrolliert werden und können nicht dem blinden Wüten der Marktgesetze überlassen bleiben.

Ökonomische Defizite des real existierenden Sozialismus entstanden in einem zu viel an Bilanzwirtschaft und einem zu wenig an Ökonomie. Wenn den wirtschaftenden Einheiten buchstäblich alles – materielle Produktion, einzusetzende Ressourcen, Investitionen, Arbeitskräfte – bis ins Einzelne staatlich vorgeschrieben, bilanziert, wird, verbleibt kein Raum für eigenwirtschaftliches Denken und Handeln. Wirtschaftliche Leiter werden zum Ausführungsorgan staatlich festgelegter Aufträge. Staatliche Auftraggeber bleiben unabhängig von den ökonomischen Ergebnissen ihres Handelns autark. Subjektivismus und Machtmissbrauch sind Tür und Tor geöffnet.

Ein neuer Sozialismus sollte die Planung und Bilanzierung zentraler staatlicher Grundproportionen verstärken, wofür moderne Kybernetik und Rechentechnik nützliche Instrumente, aber kein Allheilmittel, sind.

Den wirtschaftenden Einheiten ist jedoch eine reale **ökonomische Eigenverantwortung** zu übertragen. Sie sind nicht nur am ökonomischen

Ergebnis zu beteiligen, sondern sie müssen auch die Möglichkeit haben, über Teile ihres ökonomischen Ergebnisses selbst zu verfügen.

Die Ansätze eines „Neuen Ökonomischen Systems“, die in der DDR in den 60-er Jahren entwickelt wurden, zielten in die richtige Richtung. Sie konnten praxiswirksam nicht nur wegen des Einspruches der Sowjetunion nicht wirksam werden, sondern vor allem deshalb, weil auch in der DDR die Zentrale, insbesondere die Parteiführung, nicht bereit war, real Machtpositionen an die wirtschaftenden Einheiten abzugeben.

These 4: Um sozialistische Wirtschaftspolitik im Interesse und zum Wohle der Menschen durchführen zu können, muss ein sozialistischer Staat auch die Möglichkeit zur Gestaltung wirtschaftlicher Grundproportionen bei der Produktion und Verteilung der Güter, Dienstleistungen und Finanzen haben.

Das erfordert einen hohen Anteil staatlichen **Eigentums**. Verteilungsfragen im Interesse der Menschen lösen zu wollen, ohne das private Eigentum an Produktions- und Finanzmitteln anzutasten, sind realitätsfremd und widersprechen jeder geschichtlichen Erfahrung.

Dabei sollte unumstritten sein, dass es ein grundlegender Fehler real sozialistischer Wirtschaftspolitik war, die Reife des Sozialismus am Anteil staatlichen Eigentums zu messen und von der Grundstoffindustrie bis zum „Tante-Emma-Laden“ alles zu verstaatlichen. Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss eine vernünftige Mischung zwischen staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Eigentum beinhalten.

Grund und Boden, Bodenschätze, Energieversorgung, Massenverkehr, Sozialleistungen und andere die Gesellschaft dominierende Leistungen gehören in staatliche Hand. Wer diese Frage ausklammert, will irgend etwas, nur keinen Sozialismus.

Dabei ist es m. E. ein Scheinargument, wenn einige Ökonomen behaupten, dass der real existierende Sozialismus u.a. daran gescheitert ist, weil die Werktätigen nicht real über ihr Volkseigentum verfügen konnten und deshalb Initiativen unterdrückt wurden.

Wenn dem so wäre, dürfte es in kapitalistischen Aktiengesellschaften auch keine Initiativen geben, denn niemand, sowohl Arbeiter oder Manager, ist im Normalfall „Eigentümer“, sondern Angestellter der Aktionäre. Es geht nicht darum, Anteilsscheine an einem Gruppeneigentum zu verteilen, sondern die Werktätigen und Leiter am Ökonomischen Ergebnis zu beteiligen und an Leistung und Innovation zu stimulieren.

Die Neuererbewegung in der DDR war durchaus eine richtige Methode, die jedoch vielfach missbraucht wurde. Auch hier ging letztlich Menge vor Ertrag.

Es sollte unstrittig sein, dass neben dem staatlichen Sektor Dienstleistungen, Einzelhandel, Gewerbe privatwirtschaftlich oder genossenschaftlich betrieben werden sollten. Die realen und positiven Erfahrungen der DDR aus dem Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft und im Handwerk sind bemerkenswert und könnten berücksichtigt werden.

These 5: Bei der staatlichen Lenkung und Kontrolle über die Wirtschaft fällt der **Finanzpolitik** eine entscheidende Rolle zu. Vorstellungen, in überschaubaren Zeiträumen, das Geld und die von ihm abhängigen Kategorien abzuschaffen und in einen irgendwie gestalteten andersartigen Äquivalenzaustausch überzugehen, sind für einen Sozialismus zumindest im 21. Jahrhundert illusorisch. Sie sind theoretisch problematisch, praktisch auch mit modernster Rechentechnik nicht vollständig lösbar und würden einen radikalen Bruch mit Jahrtausende alten Traditionen darstellen, der den Menschen nicht zu vermitteln ist.

Gleichwohl ist es die entscheidende Aufgabe, dem Börsenkapitalismus mit seinen unkontrollierten spekulativen und ruinösen Erscheinungen rund um den Erdball die Macht und Dominanz zu entziehen. Das erfordert, dass der Staat über das Finanzkapital verfügt und das freie, erpresserische Floaten des Kapitals rund um den Erdball unterbindet, sowie das Auslandskapital kontrolliert. Nicht die höchste Zinsrendite oder der maximierte Aktienkurs können Maßstab gesellschaftspolitischer Entscheidungen sein, sondern der reale Bedarf der Menschheit. Das muss der Staat finanzpolitisch gestalten können.

Die **Preisgestaltung** in einem künftigen Sozialismus ist eine näher zu untersuchende Frage. Die freie Preisbildung nach Angebot und Nachfrage würde dem blinden Wüten des Wertgesetzes mit der Vernichtung ungeheurer Produktivkräfte nach wie vor Tür und Tor öffnen und sollte indiskutabel sein. Die umfassende Festlegung staatlicher Festpreise würde Initiativen und Innovationen bremsen. Vielleicht ist auch hier eine Mischung unterschiedlicher Preisformen, abhängig von den Eigentumsverhältnissen, denkbar. Dabei könnten auch Erkenntnisse und Gedanken aus der Arbeitswerttheorie nach Dieterich verstärkt einfließen.

These 6: Bei einer derart zu gestaltenden Wirtschaft wächst die **Rolle des Staates** und seiner Diener. Es ist unzweifelhaft, dass weder die von Parteidoktrin und Einzelpersonen dominierte Staatsform des real existierenden Sozialismus, noch der korrupte scheidemokratische Beamtenstaat des realen Kapitalismus dafür Vorbild und Grundlage sein können. Ein sozialistisches Staatswesen des 21. Jahrhunderts muss in hohem Maße basisdemokratische Elemente aufnehmen, aber gleichzeitig ein effizientes und reaktionsfähiges Wirken garantieren.

Die Begrenzung der Macht auf Zeit, die wirkliche Unabhängigkeit der Abgeordneten, die Einengung der Macht der Parteien und die Erhöhung, aber nicht alleinige Wirkung der Basisdemokratie, sind sicher unverzichtbare Grundsätze einer Neugestaltung eines sozialistischen Staatswesens.

These 7: Unverrückbarer Bestandteil einer sozialistischen Gesellschaft muss die Gewährleistung sowohl der sozialen als auch der persönlichen **Menschenrechte** sein. Im realen Sozialismus wurden die sozialen Rechte auf Arbeit, Wohnung und soziale Sicherheit in das Zentrum der staatlichen Politik gestellt, persönliche Freiheiten wurden häufig negiert oder gering geschätzt.

Im realen Kapitalismus werden die sozialen Rechte auf das gröblichste vernachlässigt, wodurch die persönlichen Freiheiten und Rechte zur Farce geraten. Eine sozialistische Gesellschaft im 21. Jahrhundert kann soziale und persönliche Menschenrechte nicht konträr gegeneinander stellen, sondern muss beide in sich vereinigen. Nur auf Basis gesicherter sozialer Grundlagen werden persönliche Freiheit und Menschenrechte Realität.

Im Zentrum hat dabei das **Recht auf Arbeit**, nicht nur zum Gelderwerb, sondern als wesentliche Form der Teilhabe des Menschen am Gesellschaftsprozess zu stehen. Die Arbeitszeit ist gesamtgesellschaftlich entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu reduzieren, um allen arbeitsfähigen Menschen Arbeit zu geben. Das Recht auf und die Pflicht zur Arbeit sind wieder verfassungsrechtlich zu garantieren, wie das in der DDR der Fall war.

In einer Welt, in der das Überangebot an Arbeitskräften ständig zunimmt und mit einem Bruchteil der Arbeitsfähigen die wirtschaftliche Leistung erbracht werden kann, ist Lenins These, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität letztlich das wichtigste für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ist, zu überdenken. Nicht die weitere Einsparung oder gar Ausgrenzung der lebendigen Arbeit kann im Mittelpunkt eines Sozialismus im 21. Jahrhundert stehen. Die Rationalisierungsprozesse sind vielmehr auf die Einsparung von Ressourcen, insbesondere von Energie, und die Erhaltung der Umwelt zu konzentrieren.

Folglich ist das **Abgabensystem** radikal umzugestalten. Lebendige Arbeit ist weitgehend von Abgaben frei zu halten, der Verbrauch von Ressourcen und die Erträge sind differenziert und progressiv zu besteuern. Ein hoher Anteil staatlichen Eigentums würde die Voraussetzungen schaffen, eine solche Abgabepolitik auch staatlich durchzusetzen. Das entspricht weitgehend den Erfahrungen der DDR.

Abschließend möchte ich einen Vorschlag unterbreiten:

Es ist begrüßenswert, dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits zum zweiten mal in diesem Jahr eine Konferenz veranstaltet, die sich mit dem „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ befasst.

Ich schlage vor, derartige Konferenzen zu einem regelmäßigen Bestandteil der thematischen Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu machen.

Ich schlage weiter vor, zwischen den Konferenzen ein Arbeitsgremium zu bilden oder andere Formen einer konstruktiven Arbeit zu finden, in denen diskussionswürdige Positionen für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ausgearbeitet werden, um sie der nächsten Konferenz zur Diskussion vorlegen zu können.

Dabei sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, Lösungen für alle gesellschaftlichen Bereiche, alle Länder oder sogar alle Zeiten zu finden. Die hat niemand.

Wenn wir jedoch einen Sozialismus im 21. Jahrhundert praktisch gestalten wollen, müssen wir Menschen für reale Veränderungen gewinnen. Jede politische Veränderung beginnt mit einer Veränderung des politischen Denkens. Das erreichen wir nur, wenn wir mit klaren und verständlichen Konzepten immer mehr **Menschen erreichen**. Deshalb halte ich es auch für erforderlich, die Sozialismusdebatte nicht in einen akademischen Streit um die ideale Lösung münden zu lassen, sondern sie in Form eines verständlichen „Sozialistischen Manifestes“ an die Menschen heran zu tragen.

Dabei ist uns sicher klar, dass zwischen unseren Vorstellungen über einen idealen Sozialismus und dem praktisch machbarem immer Differenzen liegen werden.

Jürgen Kuczynski formulierte im Jahre 1994, mit 90 Jahren, diese Erkenntnis so.

„Große Utopien sterben nur durch ihre Verwirklichung. . .

Seit 200 Jahren sind die Forderungen der Sozialisten Utopien – etwa die Forderung nach einem kultureichen Leben in einer wahren Demokratie mit einem Ende der Ausbeutung.

Doch mit der Realität des Sozialismus in höchster Vollendung werden einst alle diese Utopien als solche durch ihre Verwirklichung gestorben sein.

Noch lange wird es dauern, bis die Menschheit diese, ihre große Leistung vollbracht hat. Aber wir, die wir fest daran glauben, dass sich unsere Utopie verwirklichen wird, dürfen schon heute Vorfreude auf jene Zeit empfinden.“

¹ Klaus Blessing

„Ist Sozialistischer Kapitalismus möglich? – Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus zwei Gesellschaftssystemen“
edition ost -2003- ISBN 3-360-01043-4- Preis 14,90 €